

Sommernacht

Es war, als hätt' der Himmel
Die Erde still gelüßt,

Die Luft ging durch die Felder,
Die Ähren wogten leicht,

Und meine Seele spannte
Weit ihre Flügel aus,

So flog sie nach Haus,
Joh. v. Eichendorff.

Deutscher Reichstag.

(96. Sitzung.) CB. Berlin, 16. Juli.

Im Reichstag ist das Hypothekenaufwertungs-gesetz in zweiter Lesung mit 230 Stimmen der Regierungsparteien gegen 197 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Büllichschen angenommen worden.

Das Haus erledigte dann zunächst die rückständigen Ab-stimmungen zur zweiten Lesung des Entwurfs zur

Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. Unter Ablehnung kommunistischer und sozialistischer Abänderungsanträge wurde die Vorlage auch gleich in dritter Lesung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Ablösung öffentlicher Anteile.

In der allgemeinen Aussprache wurde von keiner Seite des Hauses das Wort gewünscht. Für die Einzelberatung hatten die Kommunisten und der Abg. Dr. West (Bölk.) Änderungsanträge eingebracht. Alle diese Änderungsanträge wurden jedoch mit den Stimmen der Kompromissparteien abgelehnt.

Annahme fand dann ein Antrag Dr. Wunderlich (D. Vp.), der bestimmt, daß das Anleihenabstufungsgesetz zugleich mit dem Hypothekenaufwertungs-gesetz verhandelt werden soll. Präsident Lohde nannte in diesem Zusammenhang den 16. Juli. Das Haus trat dann in die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über den

Ausbau der Angestelltenversicherung ein. Die Vorlage sieht eine Steigerung der Leistungen vom 1. Juli 1925 und eine Beitragserhöhung vom 1. September 1925 vor.

Abg. Knipfauer (Soz.) wandte sich gegen die Höhe der neuen Beiträge, die für die Angestellten untragbar seien. Es sei erforderlich, die Versicherungsgrenze von 6000 auf mindestens 8400 Mark zu erhöhen. Der Redner setzte sich dann noch für das obligatorische Helferverfahren ein.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) führte aus, daß die Renten auch jetzt noch als dürftig zu bezeichnen seien, betonte aber, daß eine höhere Rentenzahlung auch höhere Beiträge voraussetze. Der Redner unterließ dann eine Heraushebung der Versicherungsgrenze auf 7200 Mark und wünschte, daß die Angestellten im Helferverfahren zu einem Rechtsanspruch kommen müßten.

Abg. Thiel (D. Vp.) gab namens der Kompromissparteien eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Sozialdemokraten treten nur aus politischen Gründen für die Angestellten ein. Sie wollen die Angestellten mit den Arbeitern zu einer Majorität zusammenfassen und mit dieser ihre sozialpolitischen Wünsche zum Ziele führen. Die Kompromissparteien bieten an der parlamentarischen Beitragsleistung fest, weil das die Voraussetzung sei für eine partielle Verwaltung der Versicherung. Die Vorlage bringe eine Aufwertung der bisherigen Leistungen, die fast an die Vorkriegsgrenze heranreicht.

Abg. Eißler (Bölk.) trat ebenfalls für die Vorlage ein. Er schloß sich aber der Auffassung der Linken an, daß die Versicherungsgrenze erhöht und das Helferverfahren obligatorisch gemacht werden soll.

Abg. Kersch (Komm.) verlangt Einbeziehung der Angestelltenversicherung in die allgemeine Versicherung, es müsse eine feste Bilanz aller Arbeitnehmer hergestellt werden; das gegenwärtige Gesetz sei abzulehnen, da die Interessen der Angestellten in keiner Weise gewahrt sind.

Das Auslandsdeutschtum als Kulturfaktor.

Von Dr. Walter Kochly.

Vor dem Weltkrieg hatte der Durchschnittsdeutsche herzlich wenig Verständnis für das Deutschtum im Auslande. Erst der Krieg mit seinem unglücklichen Ausgang hat uns die Augen geöffnet über die politische und kulturelle Bedeutung der Volksgenossen jenseits der Grenze. Das Diktat unserer Feinde hat Millionen von deutschen Volksgenossen vom deutschen Mutterlande abgesprengt und andere in gefährlicher Isolation gelassen. Nur den wenigsten ist es bekannt, daß das Deutschtum in der ganzen Welt etwa 90 Millionen Menschen umfaßt. Da das Deutsche Reich in seinem heutigen Bestand etwas über 60 Millionen Einwohner zählt, so wohnt jeder dritte Deutsche heute außerhalb der Reichsgrenzen.

Es soll hier nicht die Rede sein von den vielen Deutschen, die durch das Diktat von Versailles von dem alten Reichsgebiet losgerissen sind und heute unter fremder Herrschaft ihr Leben fristen müssen. Das Schicksal dieser Grenzdeutschen ist traurig genug und ein Kapitel für sich, hier steht zur Debatte das Deutschtum, das sich schon vor dem Weltkrieg in den vergangenen Jahrhunderten in fremden Ländern in Europa und Amerika angesiedelt hat. Alle diese Auslandsdeutschen gehören demselben Volke an wie wir, sie bilden mit uns zusammen eine große Blut-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Ihre Heimat ist nicht die unsrige, sie haben ein anderes Vaterland, sind als Bürger eines fremden Staates einer fremden Gewalt untertan. Die Zugehörigkeit zu ihrem Staat ist bei ihnen nicht gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zu ihrem Volk. Volks-

und Staatsangehörigkeit gehen bei ihnen auseinander. Die kulturellen und politischen Fäden zwischen ihrer alten und neuen Heimat zu knüpfen und festzuhalten, das ist eine der dringlichsten und heiligsten Gegenwartsaufgaben für jeden bewußten Deutschen. Denn diese unsere Brüder und Schwestern im Auslande sind nicht nur abgesprengte Volksgenossen, sondern zugleich Pioniere des Deutschtums und Träger deutscher Kultur in fernen Ländern. Von der Erhaltung ihrer Eigenart nach Sprache, Sitte, Lebensauffassung und Kultur wird es abhängen, ob der große Strom deutschen kulturellen Lebens allmählich verodet oder ob er in großen mächtigen Wellen Europa und die ganze Welt durchfluten und befruchten wird.

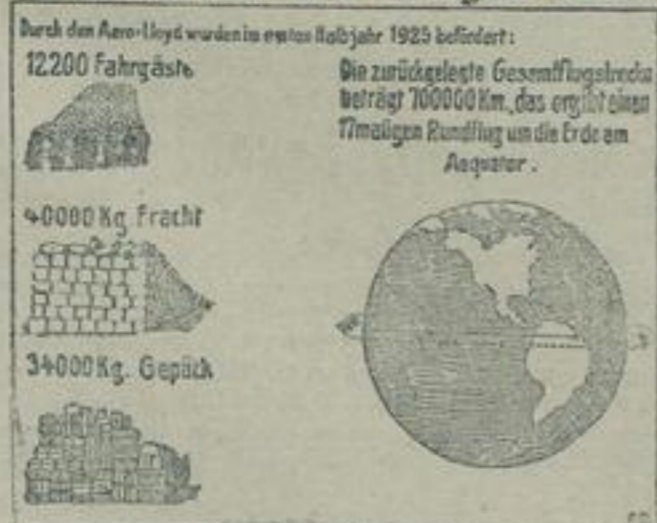
Die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen sind über die europäische Erde viel mehr verteilt, als die meisten wissen. Zu den ältesten Ansiedlungen gehören die Siebenbürger Sachsen in Stärke von etwa 225 000 Seelen, die Zipser Sachsen (46 000 Seelen) und die Deutschbalten. Die Zipser Sachsen, in der Hauptsache bergbau-treibende Leute, kämpften seit Jahrzehnten einen schweren Kampf um die Erhaltung ihrer Art und Nation gegen die Magyaren und Slawen, und heute noch dem Weltkrieg gegen die Tschechen. Die Siebenbürger Sachsen werden hoffentlich auch unter der rumänischen Herrschaft ihr Volkstum bewahren. Den Deutschbalten kam ebenso wie den Siebenbürgern die ihre bauerntümliche und landwirtschaftliche Grundlage zugute. Erst der Umsturz verlor ihre Vormachtstellung in dem Ostseegebiet. Die Letten und Esten traten an ihrer Stelle die Herrschaft an. Sie bilden immerhin noch eine beachtenswerte Minderheit, denn sie zählten in Lettland 55 000 und in Estland 27 000 Seelen.

Eine besondere Stellung unter den Auslandsdeutschen nehmen diejenigen ein, die im 17. und 18. Jahrhundert von den Habsburgern und den Romanow auf österrösischen bzw. russischen Boden angesiedelt worden sind. Eine mächtige Siedlung stellen von jeher die sogenannten Donau-Schwaben im Banat (im ehemaligen Süd-Ungarn) dar. Sie zählten insgesamt 600 000 Seelen und bilden auf einen langen Kampf um ihre Nationalität zurück. Heute sind sie als Folge der Zerstückelung Ungarns unter drei Staaten aufgeteilt, unter Südbanien, Rumänien und Ungarn. Wechsellöcher Schicksale haben auch die von Katharina II. in der Wolgagegend angesiedelten deutschen Kolonisten durchgemacht. Aus 100 Dörfern zu Beginn der Siedlung entwickelten sich bis zum Weltkrieg 200 Dörfer mit 350 000 Seelen. Krieg und Hungersnot haben ihre Zahl gewaltig gesenkt. Nicht anders erging es den deutschen Kolonisten, die in Südrussland von Alexander I. angesiedelt wurden. Sie haben durch die Förderung des Weizenbaues Südrussland zur Kornkammer Europas gemacht, und zur Blüte dieses Landstriches erheblich beigetragen, aber man hat es ihnen schlecht gedacht.

Zahlenmäßig am häufigsten und am bekanntesten sind die deutschen Auswanderer und Kolonisten in Nord- und Südamerika. Die Deutschen in Nordamerika haben man auf etwa 10-12 Millionen, doch ist diese Schätzung sehr ungenau. Erst neuerdings haben sie wieder an sich zu organisieren und ihr Volkstum auch nach außen hin würdiger zu zeigen. Etwas nützlicher geht es mit den Deutschen in Südamerika, namentlich in Brasilien, hier wohnen die Deutschen in geschlossenen Kolonien. Sie sind in der Hauptstadt Bayern. In diesen Teilen Südamerikas eröffnen sich manche gute Zukunftsaussichten für deutsche Auswanderer.

So sehen wir unsere deutschen Volksgenossen über die ganze Erde verstreut. Denken wir zu jeder Zeit an unsere Brüder und Schwestern im Auslande und helfen wir ihnen in ihrem Kampfe um die Erhaltung ihrer völkischen Eigenart! Mehr denn je ist es notwendig, daß die Deutschen auf der ganzen Erde sich kennen lernen und verstehen. In diesem inneren Kontakt liegt die Gewähr, nicht nur für die Erhaltung der deutschen Eigenart, sondern auch für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes als Kulturvolk.

Der Luftverkehr im 1. Halbjahr 1925.



Die Ohnmacht Deutschlands in der Luft und die Luftleistung der anderen.

Artikel 198 Abs. 1 des Versailler Vertrages enthält folgende wichtige Bestimmung, die in der ominösen Vorkriegsnotnote in abgeschwächter Weise ausgeschlachtet wurde:

„Die bewaffnete Macht Deutschlands darf keine Land- oder Marineflugschifftruppen umfassen.“

In dieser Bestimmung prägt sich die ganze militärische Ohnmacht Deutschlands in der Luft aus. Nicht ein einziges Flugzeug, das zu Kriegszwecken Verwendung finden könnte, darf Deutschland unterhalten.

Wie sieht es dagegen auf der Gegenseite aus?

Zahl der Flugzeuge des Friedensstandes.

Table with 2 columns: Country and Number of aircraft. Includes Germany (0), France (1370), England (650), Italy (750), Russia (500), Czechoslovakia (500), Poland (220), Rumania (150), and Rumania (70).

aus dieser Tabelle marschiert Frankreich in der Zahl der Flugzeuge unbedingt an der Spitze. Die nächstgrößte Zahl hat Italien, dann folgt England, und gleich hinterher die Tschechoslowakei, die trotz des Größenunterschiedes dieselbe Zahl aufweist wie Rußland. England hat in letzter Zeit angesichts der großen Überlegenheit der französischen Luftflotte seine Luftmacht erheblich verstärkt. Seine Luftstreitkräfte bestehen aus folgenden Einheiten:

a) Fliegerformationen: im Inland 9 Jagdgeschwader, 11 Bombengeschwader, 4 Beobachtungsgeschwader, 1 Beob-

zugsgruppenwader; über See: 1 Jagdgeschwader, 11 Bombengeschwader, 6 Beobachtungsgeschwader.

b) Marinefliegerformationen: im Inland: 6 Marinejagdstaffeln, 4 Marinebombenstaffeln, 2 Torpedostaffeln, 4 Marinebeobachtungsstaffeln, 4 Flugbootstaffel; über See: 2 Marinebeobachtungsstaffeln.

Polen will sich eine Luftflotte von 36 Bombenflugzeugen, 36 Kampfflugzeugen und 54 Aufklärungsflugzeugen mit 1700 Mann Personal schaffen.

Amerika gibt im Etatjahre 1924-25 rund 14 Millionen Dollar für Armeeluftstreitkräfte aus.

Politische Rundschau

Deutsches Eigentum in China.

Deutsche Staatsangehörige, deren Eigentum in China vom britischen Konsul in Shanghai beschlagnahmt worden ist, können, wenn auf sie die in England geltenden Freigaberichtlinien zutreffen (s. V. wenn sie vor dem Kriege in England oder China ansässig waren und sich in wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, wenn das beschlagnahmte Eigentum aus einem in England oder China von einer dort wohnenden Person errichteten Testament herrührt und der Berechtigte sich in einer Notlage befindet, wenn es sich um das Eigentum einer ehemaligen Engländerin handelt, die durch Beschließung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat) bis zum 1. August 1925 Freigabeanträge an den Sekretär des Komitees des Lord Manselburgh, W. C. Stimpson, Esq., Board of Trade, Great George Street, London SW. 1, richten.

Die Industrie für den Finanzausgleich.

Der Reichsfinanzminister empfing in Gegenwart des Reichsfinanzministers Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie aus allen Teilen des Reiches, die angesichts der außerordentlichen Notlage, in der sich die gesamte Wirtschaft befindet, an die Reichsregierung die dringende Bitte richteten, an dem neuen Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes unter allen Umständen festzuhalten und alle anderweitigen Wünsche der Länder und Gemeinden abzulehnen. Es wurden eingehende Darlegungen über die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden gemacht, wobei auf die Notwendigkeit der Durchführung in jeder Sparmaßnahme bei den Ländern und namentlich den Gemeinden hingewiesen wurde.

Tschechoslowakei.

Regierungsteile wegen des Aus-Konflikts mit dem Vatikan. Die durch die Abberufung des päpstlichen Nuntius aus Prag geschaffene Lage hat eine kritische Wendung genommen. Die tschechischen Nationalsozialisten, die mit den Alerikalen, Nationaldemokraten, Agrariern und Sozialdemokraten in der Regierungskoalition vertreten sind, verlangten Abbruch der Beziehungen zum Päpstlichen Stuhl und die sofortige Durchführung der Trennung des Staates von der Kirche. Da ihrem Verlangen nicht stattgegeben wurde, beschloßen sie, zwei ihrer Minister, und zwar den Eisenbahnminister Strbrny und den Postminister Dr. Franke, aus dem Kabinett abzurufen. Wenig, der gleichfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört, bleibt Außenminister.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Nachricht ausländischer Blätter, daß der Präsident der Federal Reserve Bank und der Präsident der Bank von England mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Gewährung einer englisch-amerikanischen Anleihe von 20 Millionen Pfund Sterling verhandeln, wird von zuständiger deutscher Seite für falsch erklärt.

Berlin. Der Haftbefehl gegen Iwan Antister wurde aufgehoben. Antister, der schwerkrank ist, wurde ohne Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen.

Berlin. Der Reichsrat hat dem Hypothekenaufwertungs-gesetz zugestimmt und die Vorlage für dringlich erklärt.

Wien. Die Abschaffung des Pabbijums im Verkehr mit Deutschland erwartet man hier für die erste Hälfte des August. Wie verlautet, ist dieselbe Erleichterung auch im Verkehr mit Italien geplant.

Die Hauszinssteuer.

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Aus den Verhandlungen, die im Steuerausschuß des Reichstags über die Hauszinssteuer stattgefunden haben, erzieht der vielgeplagte Bürger, daß die Mieten in schnellem Tempo steigen sollen. In Preußen betragen sie zur Zeit (abzüglich der sogenannten „Schönheitsreparaturen“) 72 Prozent der Friedensmiete. Nach dem Beschluß des Steuerausschusses sollen die Mieten am 1. April 1926 mindestens die volle Vorkriegsmiete erreicht haben. — Wer die Dinge nicht näher verfolgt hat, glaubt, daß sich „unerfüllliche Hausbesitzer“ mit den Regierungsparteien verschworen haben, das Volk auszuplündern. Bei genauerem Zusehen stellt sich aber heraus, daß es sich in erster Linie um ein Streben des Staates nach höheren Einkünften handelt. Etwa die Hälfte der gesamten Mietbeträge, die wir demnächst zu zahlen haben werden, soll in öffentliche Kassen fließen. In der Mietssteigerung ist also eine erhebliche Steigerung der Hauszinssteuer enthalten, d. h. ein Betrag, der den Hausbesitzern nicht zugute kommt. Was war doch eigentlich der ursprüngliche Zweck der Hauszinssteuer? Der Staat hatte sich auf immer wiederholtes scharfes Drängen endlich bereit gefunden, etwas zur Behebung der Neubautätigkeit zu tun und damit den Versuch zur Linderung der Wohnungsnot zu unternehmen. Bald aber entdeckten die Finanzminister des Reiches und der Länder, daß die Hauszinssteuer auch zur Deckung allgemeiner Fehlbeträge des Staatshaushaltes nützlich gemacht werden könnte. So wurde nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Ertrages dieser Steuer für Wohnungsneubauten verwendet; das meiste floß in den Kreis leeren öffentlichen Topf. Auch bei der Neuregelung der Hauszinssteuer soll der größere Teil allgemeinen Zwecken